Nummer 44 · 34. Jahrgang · Nürnberg, 27. Oktober 1920

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Bezugspreis: Erscheint jeden Mittwoch. vierteljährlich 2.50 Mark durch die Post, per Kreuzband 4.— Mark.

Für den Inhalt verantwortlich: Otto Trefflich, Nürnberg. — Fernsprecher Nr. 403. Redaktionsschluß: Montags früh 7 Uhr. Versandstelle: Nürnberg 10, Bayreuther Straße 46.

Anzeigenpreis 1.— Mark die einspaltige Petitzeile. Bei Wiederholung Rabatt. Stellenvermittlungsanzeigen: Für Mitglieder 50 Pfennig.

Inhaltsverzeichnis: Die Frankfurter Lohnverhandlungen. — Beschlüsse des Betriebsrätekongresses. — Neueste Vorgänge. — Die Parteispaltung. — Syndikalismus oder zentralistische Kampfformation. — Erhöhung der Lohnpfändungsgrenze. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Schuhindustrie. — Aus unserem Beruf. — Aus den Zahlstellen und Bezirken. — Arbeiterinnen-Rundschau. — Der amerikanische Schuhmacherverband. — Gewerkschaftliches. — Verbandsnachrichten. Literarisches. — Briefkasten.

Die Frankfurter Lohnverhandlungen.

Mit „gebundener Marschroute“

kamen die Vertreter der Schuhfabrikanten zu den Verhandlungen, die am 18. ds. Mts. in Frankfurt a. M. über die Gewährung einer Teuerungszulage und einer Herbstbeihilfe stattfanden. Entgegen der bisherigen Gepflogenheit, daß die Forderungen der Arbeitnehmerverbände zunächst begründet wurden, machte der Vorsitzende des Fabrikantenverbandes, Herr Kommerzienrat **Wallerstein**, den Vorschlag, diesesmal von einer Begründung abzusehen und gleich die Gegenvorschläge der Unternehmer entgegenzunehmen. Herr Kommerzienrat **Kopp**-Pirmasens, der hierauf im Namen der Unternehmer das Wort ergriff, erging sich zunächst in Betrachtungen darüber, daß fortgesetzte Lohnerhöhungen wieder Preissteigerungen auf allen Gebieten nach sich ziehen würden. Es müsse aber endlich einmal mit diesen fortwährenden Preissteigerungen Schluß gemacht werden, wenn wir zu einer Gesundung unserer Wirtschaft kommen wollten. In einer Vorbesprechung hätten nun die Fabrikanten zu unserer Forderung Stellung genommen, und obwohl ein Teil der Anwesenden der Auffassung gewesen sei, jede Lohnerhöhung abzulehnen, sei beschlossen worden, eine Teuerungszulage von 10 Prozent zu bewilligen. Eine Herbstbeihilfe zu gewähren, sei einmütig **abgelehnt** worden. Die Verhandlungskommission der Fabrikanten sei an diese Beschlüsse gebunden, sie könne und werde über diese Zugeständnisse nicht hinausgehen.

Kollege **Simon** ist nicht nur erstaunt über das geringe Entgegenkommen, sondern auch darüber, daß die Fabrikanten mit gebundenem Mandat gekommen seien. Unter diesen Umständen hätte man ja das brieflich mitteilen können. Das sei kein Verhandeln mehr, sondern ein „Diktum“.

Kollege **Simon** ging sodann auf die Verhältnisse, wie sie sich seit Mai gestaltet haben, näher ein. Er schilderte die Notlage, in der sich die Arbeiter durch die fortgesetzte Preissteigerung auf allen Gebieten befinden, die zu einer verzweifelten Stimmung unter den Arbeitern führe, und ersuchte, an dem gefaßten Beschluß nicht festzuhalten. Die Forderungen, die die Arbeiterverbände unterbreitet haben, seien das Mindestmaß dessen, was bewilligt werden müsse.

Nach langen, sehr schwierigen Verhandlungen, bei welchen es oft zu sehr scharfen Auseinandersetzungen kam, zogen die Arbeitervertreter sich zurück und ermäßigten ihre Forderungen, indem sie die Herbstbeihilfe fallen ließen und für über 21 Jahre alte Arbeiter 20 Prozent, für 18 bis 21 Jahre alte 15 Prozent und unter 18 Jahre alte 10 Prozent auf die Mindeststundenlöhne verlangten. Aber auch diesen ermäßigten Forderungen gegenüber erklärten die Fabrikanten, daß sie, durch den Beschluß der Vorbesprechung gebunden, nicht in der Lage wären, über die bewilligten 10 Prozent hinauszugehen. Diese 10 Prozent sollen von der kommenden Lohnwoche ab unter Anrechnung aller seit August gewährten Zulagen bezahlt werden. Es blieb somit den Arbeitervertretern nichts anderes übrig, als diese 10 Prozent anzunehmen. Diese Erklärung wurde den Fabrikanten abgegeben mit der Hinzufügung, daß der Vorstand unseres Verbandes den Beirat einberufen würde, um zu der jetzt geschaffenen Situation Stellung zu nehmen. Der Beirat wird am Dienstag, den 26. Oktober in Nürnberg zusammentreten.

Der Widerstand der Fabrikanten gegen eine weitergehende Lohnerhöhung war in der Hauptsache, wie aus den Ausführungen der Herren hervorging, auf zwei Ursachen zurückzuführen. Einmal wurde erklärt, daß der Lohn in der Schuhindustrie höher sei als wie in anderen Berufen und daß die Schuhfabrikanten aus diesem Grunde schon großen Vorwürfen von anderen Industriellen ausgesetzt gewesen seien. Sodann aber sei auch die Unzufriedenheit bei den Mitgliedern des Schuhfabrikantenverbandes sehr groß, so daß schon eine Anzahl Schuhfabrikanten ihren Austritt aus ihrem Verbande erklärt haben. Die Verbandsleitung der Fabrikanten befürchtet, daß bei weiteren Lohnerhöhungen diese Austritte sich mehren. Besonders starken Widerstand leistet der Hausschuhfabrikantenverband, der bisher korporatives Mitglied des Schuhfabrikantenverbandes war, seine Mitgliedschaft aber gekündigt habe, so daß die Hausschuhfabrikanten ab 1. Januar 1921 aus dem Schuhfabrikantenverband ausscheiden. Die Hausschuhfabrikanten, deren Vertreter bei den bisherigen Verhandlungen schon immer große Schwierigkeiten gemacht haben, stehen auf dem Standpunkt, daß die Konkurrenzfähigkeit der Hausschuhindustrie so hohe Löhne nicht ertragen könne. Sie sind der Auffassung, daß sie bei gesondertem Vorgehen solch hohe Löhne nicht zu bezahlen brauchten.

Die Herren Hausschuhfabrikanten werden sich täuschen. Es wurde den Herren schon in Frankfurt erklärt, daß die Arbeiter der Hausschuhindustrie die gleichen Bedürfnisse haben, wie ihre Kollegen in der übrigen Schuhindustrie, und daß es uns gar nicht einfällt, für diese Arbeiter schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Aus dem Verlauf dieser Verhandlungen müssen wir den Schluß ziehen, daß wir vor großen wirtschaftlichen Kämpfen stehen. Es gibt nur eine Möglichkeit: entweder Preisabbau oder Lohnerhöhung. So sehr wir auch den Preisabbau verlangen, da nur der Preisabbau zu einer dauernden Besserung führen kann, so müssen wir doch erklären, daß, so lange anstatt einer Preissenkung fortwährende Preissteigerungen vorgenommen werden, auch die Löhne folgen müssen. Wir hoffen, daß die sozial denkenden Unternehmer das einsehen und auf diejenigen ihrer Kollegen, welchen jedes soziale Empfinden abgeht, einwirken. Geschieht das nicht, dann stehen wir in der Schuhindustrie vor großen Kämpfen.

Beschlüsse des Betriebsrätekongresses.

Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands nahm folgende Entschließungen an:

Zur wirtschaftlichen Lage Deutschlands.
(Referent: **Rudolf Wissell.**)

Die zweijährigen Versuche, die Wirtschaft wiederaufzurichten, sind gescheitert.

Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erlebte einen kurzen, scheinbaren Aufschwung nach Aufhebung der Blockade. Sie ist heute in unaufhaltsamem Zerfall. Die Produktion stockt, Betriebe werden stillgelegt, abgebrochen, Maschinerie ganz oder in Teilen ins kapitalistische Ausland verschoben. Die wachsende Geldentwertung und Valutaverschlechterung sperrt Deutschland die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln in steigendem Maße. Beides zusammen mit dem steigenden Bankerott der Staatsfinanzen sperrt Deutschlands internationale Kredite. Die rapide Geldentwertung läßt die Kaufkraft der breiten Massen immer weiter hinter den steigenden Warenpreisen zurückbleiben. Bei dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nehmen die Preise den Charakter von Monopolpreisen an.

Das Kapital nützt die Situation und macht in manchen Wirtschaftszweigen glänzende Gewinne, die aus den Taschen des Volkes fließen, das immer mehr verarmt. Das Kapital sucht sich durch tausende Finten und Listen der Besteuerung zu entziehen und die Steuern auf Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger abzuwälzen.

Auf den bisherigen Wogen unserer Wirtschaft kommen wir aus dem Elend unserer Lage nicht heraus. Die kapitalistische Wirtschaftslehre, wonach die Förderung des eigenen Interesses der Allgemeinheit am besten diene, hat ihre innere Unwahrheit jedem klar offenbart. Sie darf keine Geltung mehr haben, soll nicht den Millionen der werktätigen Bevölkerung absolute Verelendung und gänzlicher Untergang drohen.

Je weiter der Zerfall der Grundlagen der Produktion und die körperliche und geistige Schwächung und Verkümmerung aller Arbeitskräfte vom Handarbeiter bis zum Techniker und Erfinder fortschreitet, um so schwieriger wird der Wiederaufbau. Die individuelle Initiative des Unternehmers, die Technik und Produktionsumfang förderte, genügt nicht, um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu ermöglichen. Es bedarf dazu der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige und der Stärkung des Einflusses der Hand- und Kopfarbeiter auf die übrige Wirtschaft. Aus Objekten der Wirtschaft sollen sie zu ihren Subjekten werden.

Das Ziel der proletarischen Wirtschaftspolitik kann nur dahin gehen, die Verfügung über die Produktionsmittel zu erringen und die Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Gemeineigentums unter planmäßiger einheitlicher Leitung als unmittelbare vergesellschaftete Produktion weiterzuführen.

Zur Sozialisierungsfrage.
(Referent: Dr. **Hilferding.**)

Der Kongreß konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems nach dem Kriege zu einer akuten Verelendung und absoluten Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen geführt hat.

Nur die Ueberwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft sichert den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Kopfarbeiterschaft. Der Kongreß erblickt in den Versuchen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsrechte zu reformieren, eine für den Kampf der Arbeiterklasse verderbliche Illusion. Der Kongreß fordert daher die Betriebsräte und die Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Insbesondere hält der Kongreß es für notwendig, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues diese Ziele durchzusetzen.

Aufgaben der Betriebsräte.
(Referenten: **Dißmann** und **Nörpel.**)

„...In seinem Kern legt das Betriebsrätegesetz nur die Aufgaben der bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gesetzlich fest. Aber selbst in diesem Aufgabenkreis werden den Betriebsräten durch das Gesetz viele Erschwernisse in den Weg gelegt, um ihre Tätigkeit selbst auf diesem Gebiet notwendiger engerer Tagesaufgaben unwirksam zu machen.

Die Betriebsräte wie die gesamte Arbeiterschaft aber müssen sich weit über den engen Rahmen des Gesetzes hinausgehende Ziele stecken und ihre gesamte Tätigkeit dementsprechend einstellen. Die Betriebsräte haben als Organe des proletarischen Klassenkampfes mitzuhelfen an dem großen Ringen um den Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens. Soll das Ziel — die Vergesellschaftung der Produktionsmittel — erreicht werden, so müssen die Träger der Produktion, die Hand- und Kopfarbeiter, gemeinsam sich geistig und organisatorisch darauf einstellen. Dies ist die zwingende Pflicht aller wirtschaftlichen Kampfesorganisationen der Arbiterklasse, der Gewerkschaften und der aus ihrer Mitte delegierten Vertreter im Produktionsprozeß, der Betriebsräte. Die Betriebsräte müssen sich mit allen Fragen beschäftigen, die für den Produktionsprozeß in Frage kommen.

Wir fordern daher das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht für die Betriebsorganisation, Produktion, Preisbildung, den Warenabsatz usw. als Vorstufe des zu erkämpfenden alleinigen Bestimmungsrechts der Schaffenden.

Diese Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten und die ganze Macht der Organisation dahinterzusetzen, macht uns die gegenwärtige, die Klassengesetze immer mehr verschärfende Wirtschaftskrise zu einer gebieterischen Pflicht. Jeder Tag gibt weitere Arbeitermassen der Arbeitslosigkeit preis, die Arbeitszeit wird reduziert, Betriebe eingeschränkt und stillgelegt. Dem rücksichtslosen Unternehmertum und seiner zerstörenden Produktionssabotage müssen wir die Forderung der Produktionskontrolle entgegenstellen. Den Betriebsräten muß nicht nur volle Einsicht in alle die Weiterführung der Produktion (Rohstoffbezug, Warenabsatz, Preisbildung und Auftragsbeschaffung usw.) gewährt werden, sondern ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht.

Die von den Betriebsräten auszuübende Produktionskontrolle darf sich nicht auf die einzelnen Betriebe beschränken, sondern sie muß in planmäßigem Aufbau und organischer Fortentwicklung zu einer Gesamtkontrolle über die einzelnen Industriezweige (Rohmaterial, Aufträge, Produktivität, Verkauf, Statistik usw.) wie der Gesamtindustrie werden.

Diese Forderungen aufstellen und den Betriebsräten diese Aufgaben zuweisen, heißt den revolutionären Kampf des Proletariats erkennen. Die Unternehmer denken ebensowenig daran, ihre wirtschaftliche Macht preiszugeben wie den Arbeitern (Betriebsräten) ein wirtschaftliches Kontroll- und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß einzuräumen. Diese Tatsachen zwingen die Gewerkschaften, in das Zentrum ihrer Tätigkeit diesen revolutionären Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie zu setzen, der organisierten Macht des fest und zentral organisierten, über den Staatsapparat und dessen Machtmittel verfügenden Unternehmertums als einer herrschenden Minderheit entgegenzustellen die geschlossene Macht und den entschlossenen Willen der organisierten, kampfbereiten Hand- und Kopfarbeiter als der ausgebeuteten überwiegenden Mehrheit.

Nur wenn in diesem Geist auf der ganzen Linie die Einstellung und Vorbereitungen durchgeführt, werden die Gewerkschaften vor ihrer historischen Mission bestehen:

Als einzige geschlossene Organisation des klassenbewußten Proletariats Kämpfer, Wegbereiter und Träger der proletarischen Wirtschaftsordnung zu sein!“

Aenderung des Betriebsrätegesetzes.
(Referent **Nörpel.**)

Das Betriebsrätegesetz hat sich in seiner praktischen Auswirkung nicht als die Grundlage erwiesen, welche zur Einarbeitung und Kontrolle der Produktion sowie zur Ueberführung der Wirtschaft in den Besitz der Allgemeinheit notwendig ist.

Aber auch die wenigen Rechte des Betriebsrätegesetzes werden systematisch durch das gesamte Unternehmertum bezw. die Arbeitgebervereinigungen sabotiert. Durch Herausgabe von Richtlinien und Anweisungen für ihre Mitglieder versuchen die Arbeitgeberverbände die praktische Arbeit der Betriebsräte unmöglich zu machen.

Aus diesen Gründen ist eine sinngemäße Arbeit der Betriebsräte unmöglich geworden. Die durch die Maßnahmen der Unternehmer in erster Linie hervorgerufene Wirtschaftskrise mit ihren ungeheuren Auswirkungen für die Arbeitnehmer erfordert jedoch die sofortige Einarbeitung und Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte, um aus dem Chaos der Wirtschaft herauszukommen. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeitsfähigkeit der Betriebsräte sichergestellt wird durch eine bedeutende Erweiterung des unzulänglichen Betriebsrätegesetzes. Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands fordert die Gewerkschaften auf, sofort eine Novelle zum Betriebsrätegesetz auszuarbeiten, in welcher die Geschäftsführung des Betriebs, das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, das volle Mitbestimmungsrecht bei Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen gesichert wird. Diese Novelle ist der Regierung, dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat zu übermitteln. Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands fordert die Gewerkschaften weiter auf, die Mitglieder der freien Gewerkschaften durch die Betriebsräte über die getroffenen Maßnahmen aufzuklären und alle Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, die Gesetzwerdung der Novelle durchzudrücken.

Das nach § 70 des Betriebsrätegesetzes zu erlassende Gesetz über Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat liegt noch nicht vor. Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands fordert die schleunige Verabschiedung dieses Gesetzes. Die Betriebsräte sollen im Aufsichtsrat das Allgemeininteresse vertreten. Sie haben infolgedessen das Recht, Forderungen und Anträge, welche das Allgemeininteresse wahren, zu stellen und alle gegen das Allgemeininteresse verstoßenden Anträge der übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates zu bekämpfen.

Da die Betriebsräte für ihre Handlungen den Belegschaftsmitgliedern verantwortlich sind, d. h. letzten Endes gegenüber der Allgemeinheit die Verantwortung tragen und von dieser zur Rechenschaft gezogen werden, kommt die Haftung der Betriebsräte, wie sie für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder vorgeschrieben ist, welche nur kapitalistische Interessen vertreten, nicht in Frage. Das zu erlassende Gesetz darf derartige Bestimmungen nicht enthalten.

Im § 72 des Betriebsrätegesetzes ist vorgesehen, daß den Betriebsräten eine Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und Verlustrechnung vorzulegen ist. Das hierüber zu erlassende besondere Gesetz liegt noch nicht vor. Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands fordert die Gewerkschaften auf, mit aller Energie dafür einzutreten, daß dieses Gesetz nunmehr schnellstens verabschiedet wird, und daß die vorzulegende Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und Verlustrechnung nebst Unterlagen den Betriebsräten jede Möglichkeit gibt, daß die zur Regelung der Wirtschaft notwendige Kenntnis der Verhältnisse aus diesem vorzulegenden Material einwandfrei zu ersehen ist. Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands erwartet, daß sich alle Belegschaften für die Durchführung dieser Forderung einsetzen. Er erwartet weiter von den Betriebsräten, daß sie die ihnen zu machenden Angaben nur im Allgemeininteresse verwenden. Da der letzte Absatz des § 72 des Betriebsrätegesetzes, wonach über die gemachten Angaben Stillschweigen zu bewahren ist, dem Allgemeininteresse entgegensteht, werden die Gewerkschaften beauftragt, Schritte zu unternehmen, daß dieser Absatz in Wegfall kommt.

Organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte.
(Referent: **Brolat.**)

Die Arbeiterschaft hat die Kraft, die ihr als Klasse innewohnt, zur vollsten Entfaltung zu bringen. An ihr liegt es, diese Kraft zur Tat werden zu lassen und sich aller ihr dazu bietenden Mittel zu bedienen. Den Betriebsräten sind durch ihre Stellung im Produktionsprozeß bedeutende Aufgaben gestellt, deren Lösung ihnen eine große Verantwortung auferlegt. Die Betriebsräte finden ihren Rückhalt in den Gewerkschaften, die nach wie vor in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiete den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auszutragen haben. Die Stützung auf die Gewerkschaften ist geboten, weil die Betriebsräte ihre Aufgabe nur erfüllen können, wenn sie des Rückhalts der Gewerkschaften sicher sind. Der Ausbau der Gewerkschaften zu mächtigen Industrieverbänden ist Sache dieser selbst.

Die Betriebsräte sind innerhalb der Gewerkschaften organisch zusammenzufassen. Eine Sonderorganisation der Betriebsräte ist weder örtlich noch zentral von Nutzen, sie würde vielmehr, abgesehen von einer Erschwerung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die wirksame Vertretung der Arbeiterinterssen durch die Betriebsräte lahmlegen. Dagegen ist eine örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte im Anschluß an die Ortsausschüsse des ADGB. und der Afa sowie der Schaffung einer Reichszentrale gemeinsam mit der Spitze der Gewerkschaften notwendig. Die örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte und die Bildung einer Reichszentrale sieht der Kongreß nur auf dem Boden der Richtlinien des ADGB. und der Afa gegeben. Der vom Kongreß zu wählende Beirat wird beauf-

tragt, in Gemeinschaft mit dem geschäftsführenden Ausschuß sofort die Vorbereitung der Wahlen zu den Bezirkswirtschaftsräten vorzunehmen, sobald deren Bezirke feststehen.

Die Resolutionen Bissell und Hilferding, wie auch die von Dißmann und Körpel wurden von dem Kongreß fast einstimmig angenommen. Gegen die Resolution Probst stimmten etwa 150 Kongreßteilnehmer, die Anhänger einer selbständigen Räteorganisation. Es ist zu wünschen, daß die Praxis des Tagekampfs alle Betriebsräte auf einen gemeinsamen Kampfboden bringt, und daß der Meinungsstreit wegen der organisatorischen Formen — eine hervorstehende Schwäche der deutschen Arbeiter — zurücktritt. Nicht auf die Organisationsform, sondern darauf, von welchem Geiste die Betriebsräte beseelt sind, kommt es in der Hauptsache an. Nicht Beschlüsse dassen, ist das Wichtigste, sondern die Energie, sich auch dafür einzusetzen. Der lebendige Inhalt des proletarischen Klassenkampfes muß über dem Streit um die Formen stehen. Den Entschlossensten, Besähigsten und Rührigsten müssen die Posten der Betriebsräte übertragen werden. Nur wenn die Betriebsräte vollauf von dem Rätegedanken beseelt sind, werden die bevorstehenden Aufgaben bewältigt werden können.

Neueste Vorgänge.

Auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Halle ist es auf Grund der Meinungsverschiedenheiten bezüglich Annahme oder Ablehnung der Moskauer Bedingungen zur **Parteispaltung** gekommen. Auch die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. hat sich gespalten. Die Fraktionssitzung des rechten Flügels zählt 59 Abgeordnete; der linke Flügel vereinigt 22 Abgeordnete auf sich.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kassel wurden scharfe Anklagen gegen den Ernährungsminister Hermes erhoben. Unter anderem wurde behauptet, daß durch die Freigabe der Wirtschaft der deutschen Oelsaatenernte durch den Minister der Raps von 2,30 Mk. auf 7,30 Mk. pro Kilogramm gestiegen sei. Das allein habe den Landwirten und Händlern einen Mehrgewinn von 300 Mill. Mark eingetragen. Eine scharfe Kritik erfuhr auch die Fettschiebungspolitik des Ernährungsministeriums. Dem Ministerialrat Dr. **Augustin**, der im Februar dieses Jahres die Verordnung über Erhöhung der Butterpreise um 100 Prozent in Vollzug setzte, wird nachgesagt, daß er von Industriellen gewisse Summen als Geschenk angenommen haben soll. Diese Fälle werden im Reichstage Anlaß zu eingehenden Erörterungen geben.

Der sozialdemokratische Parteitag in Kassel hat sich für die **Sozialisierung des Kohlenbergbaues** nach dem Vorschlage I der Sozialisierungskommission (sofortige Sozialisierung gegen angemessene Entschädigung) ausgesprochen.

In Braunschweig fanden große Kundgebungen gegen die Wucherpreise statt.

Dem Reichswirtschaftsrat ist eine **Verordnung** vorgelegt worden, die sich auf gesetzliche Maßnahmen **gegen Betriebseinschränkungen** und -Stillegungen bezieht.

In der rheinischen Industrie führte der Kohlenmangel zu umfangreichen Arbeiterentlassungen.

In Bayern ist der Erzeugungspreis für Milch von 65 Pfg. auf 89 Pfg. pro Liter heraufgesetzt worden. Vom 21. Oktober ab wird demgemäß im Verkauf ein Liter Milch auf über 1,50 Mk. zu stehen kommen.

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ist ein Streik ausgebrochen.

Dem Reichstage ging der Entwurf eines Gesetzes gegen die Kapitalflucht zu.

Zur Durchführung der Maßnahmen des Reichskabinetts zur **Gesundung der Reichsfinanzen** ist **ein Reichskommissar bestellt worden.**

Nach dem Ausfall der Wahlen in Oesterreich, auf Grund deren die Sozialdemokraten 72, die Christlich-Sozialen 78 und die Großdeutschen 16 Sitze erhielten, haben die Sozialdemokraten es abgelehnt, sich weiter an der Regierung zu beteiligen. 15 Sitze, die außerdem auf Grund der Reststimmen zu verteilen sind, werden an der Zusammensetzung der Parteien nicht viel ändern.

In Prag hat am Betreiben der sozialdemokratischen Parteien eine große Demonstration gegen die Teuerung stattgefunden.

Die tschecho-slowakischen Eisenbahnangestellten drohen, im Falle der Nichterfüllung ihrer eingereichten Forderungen, am 1. November den **Generalstreik** zu eröffnen.

Die Bergarbeiter im Becken von Charleroi haben mit 25 000 gegen 4000 Stimmen den Streik beschlossen. Sie fordern **eine Lohnerhöhung von 5 Frc. pro Tag.**

Die polnischen Eisenbahner sind aus wirtschaftlichen Gründen in den Ausstand getreten.

Die belgische Kammer hat mit 142 gegen 13 Stimmen das Gesetz betreffend Einführung **des achtstündigen Arbeitstages und der 48stündigen Arbeitswoche in den Industriebetrieben angenommen.**

In Holland sind die Angestellten des Post- und Telegraphenwesens in den Ausstand getreten.

Nach Ablehnung ihrer übrigen Forderungen durch die Unternehmer verlangten die **englischen Bergarbeiter** die sofortige Erhöhung des Lohnes um zwei Schilling für den Kopf. Da es nicht zu Verhandlungen kam, ist der Kampf entbrannt. Die **Zahl der seit dem 16. Oktober streikenden englischen Bergarbeiter beträgt eine Million.** Es ist vorauszusehen, daß die Zahl der zwangsweise Feiernden nach vielen Tausenden zählen wird.

Die Bäcker in London beschlossen, den **Preis für ein Vierpfundbrot**, das gegenwärtig 1 Schilling kostet, **auf 16 Pence** (= 25 Proz.) zu erhöhen.

In London hat eine gewaltige Arbeitslosendemonstration stattgefunden, bei der es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei gekommen ist.

Der Kongreß des schweizerischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes in Neuenburg hat sich gegen den Antrag auf Schaffung einer einheitlichen Organisation zur Verschmelzung der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien entschieden.

In London tagte **die zweite Internationale Wirtschaftskonferenz.** Sie bezweckt, die Mittel und Wege für die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas zu studieren und nennt sich „Rat zur Bekämpfung der Hungersnot". Dem deutschen Volkswirtschaftler **Rathenau** wurde die Einreiseerlaubnis zur Teilnahme an dieser Konferenz verweigert. Aus Deutschland war der Bergarbeiterführer Hue auf dieser Konferenz vertreten.

Die Parteispaltung.

Eine neue Parteispaltung in der deutschen politischen Arbeiterbewegung ist nun leider Tatsache geworden. Die große Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die sich seit Beginn der Revolution zu einer starken Partei entwickelt hatte, ist in die Brüche gegangen. Auf dem Parteitage in Halle wurde die Spaltung vollzogen. Dieser Tag war kein leichter Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Denn soviel muß uns klar sein: Je weiter die Spaltung der politischen Parteien getrieben wird, umso mehr muß die ganze Bewegung an Stoßkraft verlieren. In mehr als ein halbes Dutzend Richtungen ist nun die politische Bewegung der Arbeiter zerklüftet, der Fanatismus ist bis zur Siedehitze gesteigert und nicht nur das, die Gefahr liegt nahe, daß die politischen Zerwürfnisse auf die einzige noch intakt gebliebene Organisation der Arbeiterschaft, auf die Gewerkschaften, übergreifen.

Deshalb haben wir als Gewerkschaftsmitglieder klar zu sehen, wir haben die Sachlage kühl zu beurteilen und müssen, wollen wir die Schlagkraft unserer gewerkschaftlichen Organisationen erhalten, uns davon frei machen, uns von den politischen Meinungen und Leidenschaften fortreißen zu lassen. Wir können an dem politischen Kampfe als Gewerkschaften nicht vorübergehen, das ist unter den heutigen Verhältnissen undenkbar. Aber wir müssen uns als Gewerkschaften leiten lassen von den realen Notwendigkeiten, die der gewerkschaftliche Tagestampf erfordert. Das besagt aber durchaus nicht, daß wir uns aus diesen Gründen für die großen politischen Zukunftsaufgaben nicht vorbereiten könnten. Im Gegenteil, die Gewerkschaften werden einen der Hauptträger des kommenden revolutionären Befreiungskampfes bilden müssen. **Eine Zertrümmerung der deutschen Gewerkschaften würde das Ende der deutschen Arbeiterbewegung sein. Als ein einheitlicher Körper werden wir uns noch durchsetzen können, als Stücke würden wir das nicht mehr können.**

Die deutsche Revolution in ihrem bisherigen Verlaufe ist gescheitert an der Unentschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß der linke Flügel in der Arbeiterbewegung, wenn er in eine immer weitere Spaltung verfällt, dann eine größere Macht entfalten kann. Das Gegenteil wird offenkundig eintreten müssen. Es wird in den Debatten vielfach der Vorwurf erhoben, daß in der Revolution lediglich gewisse Führer versagt hätten, deshalb sei der Mißerfolg eingetreten. Diese Auffassung geht den Dingen aber durchaus nicht auf den Grund und bleibt an der Oberfläche haften. Diese Meinung ist der Ausfluß der deutschen Erziehungsweise, der „Untertanenmoral", die alles von „oben" erwartet. Eine solche Denkweise widerspricht der realen Wirklichkeit. Denn tatsächlich liegt es gar nicht an den Führern. Die „Führer" sind weiter nichts als **die Vollstrecker eines Massenwillens.** Wenn ein solcher Massenwille **nicht vorhanden** ist, ist kein Führer in der Lage aus eigener Kraft etwas Entscheidendes zu unternehmen. Das beste Beispiel hat uns der Beginn und der Verlauf der Revolution gegeben. Am 9. November 1918 hatten wir die politische Macht allein. Ein großer Teil der Arbeiter war aber der Meinung, er könne die Macht nicht ausüben, ohne die **Koalition** mit den bürgerlichen Parteien fortzusetzen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hatte in der Revolution drei Volksbeauftragte gestellt, die alte sozialdemokratische Partei ebenfalls drei Volksbeauftragte. Es kamen die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung. Es kam zu den blutigen Kämpfen in Berlin und anderen Städten. Aber die kleine Schar, die den Kampf aufgenommen hatte, opferte sich vergebens. Für die Sozialdemokratische Partei wurden bei den **Wahlen zur Nationalversammlung** 11 100 000 Stimmen abgegeben, während die Unabhängige Sozialdemokratische Partei damals nur 2 300 000 Stimmen erhielt. Lag es nicht an der Denk- und Sinnesart der Massen, daß die Revolution ins Stocken geriet? Was konnte man von den Führern verlangen, die nicht das Bewußtsein in sich tragen konnten, daß sie auch die wirkliche Mehrheit des Proletariats hinter sich hatten? Man sieht daraus zur Genüge, daß die Führer nichts anderes als die Vollstrecker eines vorhandenen Massenwillens sein können.

Mit der Ergreifung der politischen Macht allein aber wäre es selbst nicht getan gewesen. Die proletarische Revolution beruht auf der Ergreifung der wirtschaftlichen Macht, auf der Uebernahme der Produktion im sozialistischen Sinne. Diese Aufgabe, die Durchführung der Sozialisierung, bringt aber ungleich größere Schwierigkeiten. Der weitere Verlauf der Dinge hat gelehrt, daß die Arbeiter an sich selbst arbeiten müssen, daß sie sich die Organe schaffen müssen, daß sie sich in jeder Hinsicht schulen und einarbeiten müssen, um sich auf die Uebernahme der politischen und auch der wirtschaftlichen Macht vorzubereiten.

Langsam brach sich bei der Arbeiterschaft diese Erkenntnis Bahn. Es vertiefte sich bei ihr der Gedanke des **wirtschaftlichen Rätesystems.** Und es kam zu den bekannten großen Kämpfen um den Rätegedanken, um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Produktion. Durch Vorlage und Annahme des Betriebsrätegesetzes wurde dieser Rätegedanke verfälscht. Und nochmals hatte die deutsche Arbeiterschaft ihren Protest gegen dieses Gesetz mit ihrem Blute bezahlen müssen. Die Frage der Sozialisierung war beiseite geschoben. Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht wurde ignoriert und die öffentliche Gewalt war immer mehr wieder in die Hände des kapitalistischen Gegners übergegangen. Die Wahlen am 6. Juni 1920 für den neuen Reichstag zeigten aber keinesfalls, daß die deutsche Arbeiterschaft die Lage begriffen hatte. Wohl hatte der revolutionäre Gedanke innerhalb der Arbeiterschaft Fortschritte gemacht; die Unabhängige Sozialdemokratie vereinigte auf sich 4 809 000 Stimmen, die Rechtssozialisten gingen wiederum als stärkste Partei, und zwar mit 5 551 000 Stimmen, aus den Wahlen hervor aber die politischen Gegner der Arbeiterschaft, das Bürgertum, hatte gegenüber der Arbeiterschaft die Mehrheit; es vermochte über 14 Millionen Stimmen auf die verschiedenen bürgerlichen Parteien zu vereinigen. Die Wahlen sind nun allerdings kein Gradmesser für die revolutionären Notwendigkeiten. Das Stimmenverhältnis zeigt aber, wie die große Masse des Proletariats dachte und heute noch denkt.

Unter diesem Gesichtspunkt haben wir die Sachlage ins Auge zu fassen. Wir haben uns die Frage vorzulegen, ob der linke Flügel der Arbeiterschaft gewinnt, wenn er eine neue Spaltung über sich ergehen läßt. Der Streit geht in der Hauptsache um Organisationsformen. Aber der Streit um die Organisationsform ist immer ein Zeichen der Schwäche gewesen, die einer Organisation anhaftet. Betrachtet man die Entwicklung genau, so wird man finden, daß die Annahme, daß uns eine andere Organisationsform besser vorwärts gebracht hätte, als ein Fehlschuß zu betrachten ist. Auf die Organisationsform kommt es weniger an, als auf den Inhalt und den Geist, auf die Entschlossenheit der Tatkraft und die Fähigkeiten, die einer Organisation innewohnen. Die Entwicklung der letzten Zeit hatte eine wesentliche Verstärkung des revolutionären Flügels in der Arbeiterschaft gebracht. Die Bewegung begann sich in Bezug auf die Vorbedingungen für die wirtschaftliche Revolution immer mehr zu innerer Klarheit durchzuringen. Die bisherigen Lehren der Revolution verweisen darauf, daß dieser Weg am ehesten zum Erfolg geführt haben würde. Statt dessen ist es zu dieser neuen bedauerlichen Spaltung gekommen.

Daß nach jener verhängnisvollen Abstimmung vom 4. August 1914 eine Scheidung der Geister kommen würde und mußte, war vorauszusehen. Ein Gebot der Vernunft aber war es, daß damals an der Einheit der Gewerkschaften festgehalten worden ist. Von der damaligen Parteispaltung ist die Gewerkschaftsbewegung wohl nicht unberührt, aber letzten Endes doch von einer Spaltung verschont geblieben. Die U. S. P. D. wie auch späterhin die Kommunistische Partei Deutschlands, machten es vielmehr sogar ihren Mitgliedern zur Pflicht, in den Gewerkschaften zu verbleiben resp. ihnen beizutreten. Es wurde an diese Parteimitglieder nur die Anforderung gestellt, innerhalb der Gewerkschaften für die Revolutionierung und Politisierung der Gewerkschaften tätig zu sein, das heißt, dieselben von dem bisherigen in politischer Hinsicht eingeschlagenen Wege abzubringen. Die Möglichkeit, daß die Macht der Gewerkschaften im Sinne einer **Arbeitsgemeinschaft** mit dem Unternehmertum ausgeübt wird, gilt es auch noch heute zu brechen. Dazu ist aber nach wie vor notwendig die Ueberzeugung, daß sie eine revolutionäre Politik zu treiben haben, in den Reihen der Gewerkschaften zu befestigen. Eine Zersplitterung der Gewerkschaften aber würde die Möglichkeit dieser Aufklärungsarbeit ganz und gar abschneiden.

Es ist hier nicht unsere Absicht, im Streite der Parteien für die eine oder die andere Richtung Partei zu ergreifen. Der linke Flügel der U. S. P., das sei hier ausdrücklich festgestellt, hat in

Syndikalismus oder zentralistische Kampforganisation?

Von Otto Treßlich.

IV.

Die Kriegspolitik eines Teils der Gewerkschaftsführer hatte in den freien Gewerkschaften eine starke Opposition ausgelöst. Die unabhängige Sozialdemokratische Partei, die diese Kriegspolitik heftig bekämpft hatte, machte ihren Mitgliedern zur Pflicht, nicht nur in den Gewerkschaften zu verbleiben, sondern innerhalb derselben ihren Einfluß geltend zu machen, um dieselben auf revolutionären Kampfboden zurückzuführen. Diese Parole, die im Interesse der Einheit der Gewerkschaftsbewegung die richtige war, ist im großen ganzen auch befolgt worden. Nur im Rheinland, hauptsächlich bei den Bergarbeitern, kam es zu Abspaltungen, indem von kommunistischer Seite einige örtliche Sonderorganisation-Gründungen entstanden. Von seiten der Syndikalisten wurde die Sache aber genutzt. Die neuen, linksstehenden Gewerkschaftsgruppen wurden für den 15. September 1919 nach Düsseldorf zu einer Einigungskonferenz zusammenberufen. Vertreten war die „Freie Vereinigung", der „Allgemeine Arbeiterverband", die „Bergarbeiter-Union", die „Arbeiter-Union in Essen" und die „Arbeiter-Union von Düsseldorf". Im ganzen waren 117 Delegierte anwesend, die, wie berichtet wurde, 111 675 Mitglieder vertraten. Hier wurde nun im Handumdrehen das organisatorische Kunststück gelöst, zwei sich in der Theorie so widerstrebende Elemente, die Kommunisten und Syndikalisten, in eine Organisation zusammenzufassen. Die neue Organisation gab sich den Namen „Freie Arbeiter-Union". Die Verschmelzung kam nur unter der Bedingung zustande, daß **den Mitgliedern ihre Tätigkeit in den sozialistischen Parteien freigestellt bleiben solle.** (!!) Daß die Syndikalisten selbst kein rechtes Vertrauen in die Haltbarkeit dieser Verschmelzung setzten, dafür ist ein Ausspruch des Syndikalisten Habermann (Düsseldorf) bezeichnend: „Man dürfe den Leuten nicht sagen, daß sie nun Syndikalisten wären, sonst würden sie in hellen Scharen wieder abschwenken." Die Essener Arbeiter-Union hat dann auch die gefaßten Beschlüsse nicht anerkannt. Die Zentralleitung der kommunistischen Partei hat sich gegen die Gründung gewerkschaftlicher Sonderorganisationen, d. h. für das Verbleiben ihrer Mitglieder in den freien Gewerkschaften erklärt und dadurch dürften auch wieder beträchtliche Teile von der „Freien Arbeiter-Union" abgebröckelt sein. Daß die Syndikalisten keine rechte Freude an dieser Verschmelzung genießen, beweist eine programmatische Erklärung, die ihr Vorsitzender, **Fritz Kater**, zur Wahlbewegung 1920 in der Mainummer des „Syndikalist" erließ. Es ist darin zunächst gesagt, daß jene Freiheit, den Mitgliedern zu gestatten, sich einer ihnen zusagenden politischen Partei anzuschließen, eine **Konzession** aus reinen Opportunitätsgründen gewesen sei. Weiter unten heißt es dann in dieser programmatischen Erklärung:

„Entweder — oder! **Wer sich der syndikalistischen Bewegung als Mitglied angeschlossen hat, darf nicht mehr Mitglied irgend einer politischen Partei sein.** Auch nicht der neugegründeten „Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands" (K. A. P. D.) Diese nennt ihre Gewerkschaftsgebilde freilich auch „Allgemeine" oder auch „Freie Arbeiter-Union", ist aber nichts weniger als syndikalistisch. Sie ist zentralistisch und ihr Ziel ist die Eroberung der politischen Macht.

Die Syndikalisten lehnen **jede Gewalt und jede Diktatur**, die vor oben sprich wie die von unten, ab. Der von ihr angestrebte Gesellschaftszustand ist föderalistisch, auf freier Vereinbarung und gegenseitiger Hilfe aller Menschen und Völker basierend. Die Verdrängung aller übrigen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gehen auf die Eroberung der Staatsmacht, worin sich die „Radikalen" besonders viel auf das Wort „Diktatur des Proletariats" zugute tun.

Kameraden und Gesinnungsgenossen! Entscheidet Euch schnell, wohin Ihr Euch wenden wollt. Es gilt, reinen Tisch zu machen. Wer sich von der politischen Partei nicht trennen kann, soll dort ganz hingehen und unseren Organisationen Valet sagen. Wer aber Syndikalist sein will, der sollte es ganz sein und jede Verbindung mit den politischen Parteien schnellstens abbrechen.

Raus mit den Syndikalisten aus den politischen Parteien! Das muß jetzt der Kampfruf in den Organisationen sein. Besser klein und rein, als an Mitgliedern groß, aber innerlich faul."

Dieser Aufruf läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Kater vertritt den Syndikalismus in seiner reinsten Form, obschon er zugeben muß, wie im Geburtslande desselben, in Frankreich, der Syndikalismus längst den Weg der Reform eingeschlagen hat. Es ist Tatsache, daß der Syndikalismus in Frankreich sich seit Jahren in einer **Krisis** befindet, weil der Weg der ökonomischen Entwicklung die französische Arbeiterschaft veranlaßt, sich mehr und mehr dem sogenannten **reformistischen Syndikalismus** oder gar der **zentralistischen Gewerkschaft** nach deutschem Muster zuzuwenden.

Als der Krieg zusammenbrach, da war das französische Bürgertum vom Siegestaumel besessen. Die Feuerköpfe in der Arbeiterbewegung standen auf und erhoben ihre Forderungen. Sie meinten, in Rußland und Deutschland hätten die Arbeiter ihre Revolution gemacht, nun müsse auch das französische Proletariat sich erheben. Aber wie diesen Gedanken verwirklichen, angesichts der Tatsache, daß die Bevölkerung, selbst bis in die Arbeiterkreise hinein, von der Siegespsychose angesteckt war? Auf der Leitung der C. G. T. lag sicher damals eine große Verantwortung. Ihr Minimalprogramm, welches sie aufgestellt hatte, wurde von radikaler Seite in der Gewerkschaften heftig angegriffen. Zur Klarlegung des Standpunktes des Vorstandes der C. G. T. (Französischer Gewerkschaftsbund) hat **A. Merrheim**, der Sekretär des französischen Metallarbeiterverbandes, ein Teilnehmer der Konferenz von Zimmerwald, an verschiedenen Plätzen eine bedeutsame Rede gehalten, die auch in Deutschland bekannt geworden ist. Er behandelte darin die Vorbedingungen für die wirtschaftliche Revolution. Wir wollen hier nur eine Stelle dieser Rede wiedergeben, die sich auf die Notwendigkeit des Abschlusses von Tarifverträgen bezieht. Sie lautet: „Wir französischen Arbeiter wollen das Recht erringen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse direkt zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter zu regeln. Ist das ein Zusammenarbeiten der Klassen? Wenn wir der Arbeiterklasse sagen: Wir wollen uns direkt als Gleichberechtigte mit den Unternehmerorganisationen begegnen, Schritt für Schritt euere Interessen in der Werkstatt, in der Fabrik, alle euere Forderungen verteidigen, betreiben wir damit ein Zusammenarbeiten der Klassen? Das würde ja doch gleichbedeutend sein mit der Verleugnung jeglicher Organisation. . . . Wir verlangen also, daß die individuellen Verträge durch Kollektivverträge ersetzt werden. Ist das etwas neues? Ja, Kollegen, wir haben solche Kollektivverträge während des Krieges doch in ganz Frankreich abgeschlossen! Haben ihre Beauftragten an jenem Tage ein Zusammenarbeiten der Klassen betrieben? Nein, sie haben die Anerkennung, die Garantie ihrer Rechte durchgesetzt und nichts anderes."

Das klingt gar nicht recht „syndikalistisch". Besonders unsere deutschen Syndikalisten richten bekanntlich ihre Hauptpropaganda gegen den Abschluß von Tarifverträgen. Die französischen Syndikalisten dagegen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es eine ihrer Aufgaben sein muß, auf dem gegebenen Boden der Tatsachen für die Arbeiterschaft das herauszuholen, was, je nach den Verhältnissen, erreichbar erscheint.

(Fortsetzung folgt.)

Halle ganz entschieden sich gegen den Vorwurf verwahrt, daß von ihm beabsichtigt sei, eine Spaltung in die Gewerkschaftsbewegung zu tragen. Die Moskauer Bedingungen aber sprechen von der Bildung von kommunistischen Zellen in der Gewerkschaftsbewegung, und diese Zellen oder Gruppen sollen eine internationale Zusammenfassung erhalten. Damit ist sicher ein Keim für die Spaltung gelegt. Es sind dann eben zwei Zentralen vorhanden, die unter Umständen gegeneinander arbeiten. Jedermann, der die gewerkschaftliche Praxis näher kennt, wird die Unmöglichkeit eines solchen Zustandes zugestehen müssen. Wir haben gewiß den heißen Wunsch, Sowjetrußland in seinem heldenmütigen Kampfe zu unterstützen. In einigen Punkten der Moskauer Bedingungen ist aber auf die Verschiedenheiten der Länder nicht Rücksicht genommen. Die Revolution jedes Landes hat einmal ihre eigenen Bedingungen. Wir sind in Deutschland eifrig dabei, die Gewerkschaften umzubauen, damit sie revolutionäre Funktionen übernehmen können, und nicht das Hemmnis des politischen Fortschritts bilden. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Gewerkschaften Instrumente des Gegenwartskampfes sind. Wir wissen aus der Praxis langer Jahre, daß wir uns die Gewerkschaften als das einzige Mittel, welches uns gegen die Uebergriffe des Kapitalismus Schutz bietet, erhalten müssen. Die Gewerkschaften sind diejenigen Organisationen, unter denen wir uns unmittelbar unsern Lebensunterhalt erkämpfen. Solange die kapitalistische Wirtschaftsweise fortbesteht, wären wir schuldlos der Unternehmerwillkür ausgeliefert, wenn wir uns nicht auf starke Gewerkschaften verlassen könnten. Die Gewerkschaften können ihre Aufgaben aber nicht erfüllen, wenn sie nicht als ein geschlossener Körper, als einheitlich organisierte Masse aufzutreten in der Lage sind.

Wir haben deshalb in dieser Periode der Parteikämpfe kaltes Blut zu bewahren. Als Gewerkschafter haben wir jeden Versuch einer Spaltung, von welcher Seite er auch kommen mag, entgegenzutreten. Das letzte Bollwerk der Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus, das bisher noch unerfaßt geblieben ist, die Gewerkschaftsbewegung, muß erhalten bleiben. Der bisherige Kleinkampf der Gewerkschaften, immer und immer wieder die Lohnverhältnisse einigermaßen den Teuerungsverhältnissen anzuwassen, war notwendig und wird auch weiter notwendig sein. Wir dürfen vor allem nicht den Blick verlieren dafür, was uns in der allernächsten Zeit bevorsteht. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir einer Periode schärfster wirtschaftlicher Kämpfe entgegengehen. Die Einigkeit der Arbeiter ist deshalb so notwendig wie nie zuvor. Es braucht nur an den verschärften Widerstand des Unternehmertums erinnert zu werden, den dieses seit Monaten den Lohnforderungen entgegensetzt. Die auf die Spitze getriebene Finanzkrise wird Situationen schaffen, daß die Arbeiter nur unter ständigem Kampf einen angemessenen Lohn erzielen werden. Mit dem Zwangskurs für Papiergeld wird auf die Dauer kein internationaler Verkehr aufrecht erhalten werden können. Kapitalistisch gedacht ist ein internationaler Verkehr nur auf dem Boden der Goldwährung denkbar. Die Aufhebung des Zwangskurses, nach welcher das Papiergeld nur noch schwankenden Kurswert haben wird, das wird die Periode sein, in welcher das Proletariat um einen auskömmlichen Lohn ständig in Kampfbereitschaft wird stehen müssen.

Angesichts dieser ungeheuren Gefahren bietet die politische Arbeiterbewegung in ihrer Zerrissenheit ein klägliches Bild. Und da sollten wir uns als Gewerkschaften einer dieser so zerklüfteten Parteien blindlings anvertrauen? Die politische Arbeiterbewegung ist zerrissen und wir können vorläufig daran nichts ändern. So ist es aber unsere Aufgabe, die wirtschaftliche Organisation in voller Kraft und Geschlossenheit zu erhalten. Ueber alle Parteimeinungen und Parteitreitigkeiten hinweg müssen wir in den Gewerkschaften vereinigt bleiben. Die Macht der Arbeiterklasse liegt in den wirtschaftlichen Organisationen. Nicht im Stimmzettel, das hat der Verlauf der Revolution gelehrt, liegt die Aktivität. In den Betrieben und Werkstätten, dort, wo der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft, da wirkeit letzten Endes die Macht der Arbeiterklasse. Das besagt, daß im industriellen Deutschland die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter einmal bei der Umwandlung der Produktions- und Wirtschaftsweise die Träger der Aktion sein werden.

Wir dienen in Deutschland der Revolution am besten, wenn wir die Einheit der Gewerkschaften wahren, wenn wir auf dem beschriftenen Wege fortfahren, die Gewerkschaften für den revolutionären Kampf umzugestalten, wenn wir in den Betriebsräten dieselbe Institution ausgestalten, die im entscheidenden Moment fähig ist, die kapitalistische Herrschaft abzulösen. Wir haben immer noch die Hoffnung, daß die Entwicklung der Dinge dazu treibt, daß die zerspliterten Parteien sich einmal auf einem gemeinsamen Kampfboden finden werden.

Erhöhung der Lohnpfändungsgrenze.

Die Verteuerung der Lebensbedürfnisse hat eine wesentliche Erweiterung der für den Arbeits- und Dienstlohn bestehenden Pfändungsbeschränkungen notwendig gemacht. Durch eine Verordnung, die der Reichstag kurz vor seinem Auseinandergehen verabschiedet hat, ist eine Verdoppelung der bisher bestandenen Pfändungsgrenzen eingetreten, so daß, falls der Schuldner seinen Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren hat, ein Betrag bis zu 5000 Mark von der Pfändung frei bleibt, in anderen Fällen der Betrag von 4000 Mark Jahreslohn.

Bei Unterhaltspflichtigen ist demnach ein Wochenlohn bis zu 96,16 Mark, oder ein Monatsgehalt bis zu 416,66 Mark, gänzlich unpfändbar; bei alleinstehenden Arbeitnehmern ein Wochenlohn von 76,92 Mark oder ein Monatsgehalt von 333,34 Mark.

Soweit der Jahreslohn des Unterhaltspflichtigen 5000 Mark, oder derjenige des Alleinstehenden 4000 Mark übersteigt, ist weiterhin die Lohnforderung zu ein Fünftel des Mehrbetrages gleichfalls der Pfändung nicht unterworfen. Außerdem erhöht sich bei unterhaltspflichtigen Arbeitnehmern der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jeden der genannten Unterhaltsberechtigten um ein weiteres Zehntel des Mehrbetrags. Nach Anwendung dieser Berechnungen werden einem unterhaltspflichtigen Arbeitnehmer höchstens bis zu 9000, einem alleinstehenden Arbeitnehmer höchstens 6000 Mark jährlich belassen. Der Mehrbetrag kann unbeschränkt gepfändet werden.

Die Pfändbarkeit vom Arbeitslohn ist auch ausgeschlossen bei Schuldnern, die Kriegsteilnehmer sind oder waren, wegen solcher Unterhaltsbeiträge, die der Schuldner für die Zeit seiner Kriegsteilnehmerschaft zu entrichten hat. Als „Kriegsteilnehmer" in diesem Sinne gelten Angehörige immobiler Truppen.

Es gibt nun aber auch Forderungen, zu deren Gunsten die Beschränkung der Lohnpfändung überhaupt nicht oder abgeschwächt Platz greift, z. B. laufende Unterhaltsforderungen, Steuern. Wenn es sich also um Beitreibung persönlicher Staatssteuern und Kommunalabgaben handelt, sofern sie nicht seit länger als drei Monaten fällig geworden sind oder wenn Forderungen von Verwandten und teilweise auch unehelichen Kindern auf Unterhaltsbeiträge in Frage stehen, so hat der durch das Gesetz vorgesehene Schutz des Schuldners keine Wirksamkeit.

Das Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1920 in Kraft. Bei laufenden Lohnpfändungen hat also von diesem Tag an eine neue Berechnung der unpfändbaren Beträge einzutreten.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Schuhindustrie.

Zur Arbeitslosenzählung am 25. September unter den Mitgliedern unseres Verbandes berichteten rechtzeitig 296 Zahlstellen, mit 52 430 männlichen und 36 497 weiblichen Mitgliedern. 63 Zahlstellen mit 3080 männlichen und 1226 weiblichen Mitgliedern, nach dem Stand der letzten Zählung bemessen, berichteten nicht oder erst verspätet, sodaß ihre Zahlen nicht verwendbar waren. Die Eingelmitglieder der Hauptkasse eingerechnet ergab eine Mitgliederzahl von 55 569 männlichen und 37 726 weiblichen, insgesamt 93 295, das ist gegen das Vorquartal eine Minderung von 4490 Mitgliedern insgesamt. Die Minderung der männlichen beträgt 1603, die der weiblichen 2887. Grund hierfür ist der im 3. Quartal noch immer anhaltende sehr schlechte Geschäftsgang der Schuhindustrie, sowie auch des Handwerks, welches infolge der Trockenheit und der Schulferienzeit in diesem Quartal besonders an Beschäftigung Mangel litt. Am Ende des Quartals macht sich ein besserer Geschäftsgang bemerkbar, wie in nachfolgender Gegenüberstellung der Stichtagzahlen ersichtlich ist. Die eingeklammerten Zahlen bezeichnen den Stand des Vorquartals. Es betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen zur Mitgliederzahl in Bayern und Pfalz 14,7 (55,1), in Württemberg, Baden mit Hohenzollern 9,0 (24,5), Posen und Schlesien 8,3 (10), Berlin-Brandenburg 8,1 (16,2), Hessen-Nassau, Hessen-Waldeck 8 (23,3), Freistaat Sachsen 7 (18,6), Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Hamburg, Lübeck 5,2 (10), Thüringen 4,3 (16,6), Westfalen, beide Lippe 3,5 (1,1), Ost- und Westpreußen 2,8 (17,6), Hannover, Bremen 2,7 (15,7), Rheinprovinz mit Birkenfeld 1,0 (13,3), Provinz Sachsen mit Anhalt 0,9 (4,3). Die Gesamtzahl der am 25. September ermittelten arbeitslosen Mitglieder belief sich auf 7 167, das sind 7,8 Prozent der Mitgliederzahl, während am Stichtage des 2. Quartals, Ende Juni, 24,4 Prozent arbeitslos waren. Von den 88 927 Mitgliedern über die berichtet wurde, waren am Stichtage des September 7140 Arbeitslose am Orte und 21 auf der Reise befindliche Arbeitslose zu verzeichnen; Ende August 9613 am Orte und 52 auf der Reise, Ende Juli 16 196 am Orte und 14 auf der Reise. Auf je 100 Mitglieder entfielen demnach am Schlusse der 4. Quartalswoche 18,9, der 8. Quartalswoche 10,7 und am Schlusse der 13. Quartalswoche 7,6 Arbeitslose. Der Stand der weiblichen Arbeitslosen war am Schlusse der 4. Quartalswoche 18,3, am Schlusse der 8. Quartalswoche 10,9, am Schlusse der 13. Quartalswoche 8,5 Prozent.

An Arbeitslosenunterstützung verausgabte der Verband an männlichen Mitgliedern für 126 641 Tage 251 050,35 M., an weiblichen Mitgliedern für 85 663 Tage 92 194,15 M. Auf der Reise waren 61 männliche Mitglieder.

So wertvoll die monatlichen Zählungen der Arbeitslosen seitens der Gewerkschaftsverbände zur Beurteilung der Geschäftslage bisher gewesen sind, hat sich doch ergeben, daß unter den gegenwärtigen Zuständen diese Statistik hierfür allein nicht ausreicht. Denn nur die völlig arbeitslosen Mitglieder wurden von der Statistik erfaßt und selbst die Kollegen, die tageweise aussetzen mußten, blieben bei dieser Statistik außer Ansatz. Auch die Kollegen, die unter wesentlich beschränkter Arbeitszeit standen (Kurzarbeiter) wurden bei dieser Statistik selbstredend nicht mit aufgenommen. Tatsächlich haben nun aber in letzter Zeit die Industrieberichẗe erschreckende Bilder von der immer mehr um sich greifenden Streckung der Arbeitsgelegenheit durch Einführung der Kurzarbeit gegeben. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, diese Statistik dahingehend zu erweitern, daß auch über die Kurzarbeit nähere Feststellungen gepflogen werden.

Es dreht sich darum, von den einzelnen Betrieben ausgehend, an jedem Stichtage bezüglich der gerade tatsächlich bestehenden wöchentlichen Arbeitszeit ein Bild von dem Beschäftigungsstand der Industrie zu gewinnen. Mit anderen Worten: Jeder Betrieb hat am Monatsschluß unter Angabe der Anzahl der jeweils beschäftigten Arbeiter zu berichten, ob voll gearbeitet wird oder auf wieviel Stunden in der Woche die Arbeitszeit eingeschränkt ist. Diese Statistik muß sich selbstverständlich auf alle Arbeiter, die unorganisierten mit eingeschlossen, erstrecken. Es entsteht durch diese Erweiterung der Statistik den Betriebsobleuten und den Ortsverwaltungen eine gewisse Mehrarbeit. Bei der dauernden schlechten Geschäftslage wird diese Statistik ein großes öffentliches Interesse gewinnen. Die Ortsverwaltungen werden deshalb ersucht, mit Eifer und Pflichtgefühl diese Aufgabe zu leisten und bei jeder Einsendung der Arbeitslosenzählkarte auch den neuen Fragebogen unbedingt mit einzusenden. Das erstemal ist dies leider nicht überall geschehen.

Von 358 befragten Zahlstellen gingen nur aus 245 Orten brauchbare Resultate ein; 113 Zahlstellen haben nicht oder nur mangelhaft berichtet. Im ganzen liegen über 6547 Betriebe mit 63 072 Arbeitern Angaben vor über die wöchentliche Arbeitsdauer, die zurzeit in den Betrieben besteht. Die zurzeit bestehende Arbeitszeit belief sich demnach:

wöchentlich auf	für Personen	Proz. der Gesamtzahl	für Betriebe	Proz. der Gesamtzahl
48 Stunden u. mehr	55 075	87,3	5 587	85,3
45 u. 46 Stunden	2 934	4,7	174	2,7
44 bis 45 „	559	0,9	76	1,2
40 bis 43 „	1 398	2,2	287	4,4
36 bis 39 „	832	1,3	153	2,3
32 bis 35 „	786	1,2	111	1,7
28 bis 31 „	823	1,3	92	1,4
24 bis 27 „	437	0,7	50	0,8
weniger als 24 Stunden	278	0,4	17	0,2
zusammen	63 072	100,0	6 547	100,0

Die Zahl der Personen, die nur 39 Stunden in der Woche oder unter einer noch weiter verkürzten Arbeitszeit arbeiten, beträgt 3106 oder 4,9 Prozent der überhaupt erfaßten Personen. Die Zahl der Betriebe der gleichen Gruppe beträgt 423 oder 6,4 Prozent. Die Lage in unserem Berufe hat sich offenkundig gegen die Vormonate wieder wesentlich gebessert; denn die Industrie war bekanntlich in außerordentlichem Umfange zur Kurzarbeit übergegangen. Die Statistik enthält aber auch insofern noch eine Lücke, indem sie die Frage nach den noch gänzlich still liegenden Betrieben nicht aufgeworfen hat. Es sind aber sicher noch manche Orte zu verzeichnen, wo solche Betriebe vorhanden sind. Immerhin ist auch die Erscheinung noch sehr unbefriedigend, daß noch mehrere tausend Arbeiter (die Statistik erfaßt ja auch die Industrie nur zum Teil) eine so stark verkürzte Arbeitszeit haben.

In die vorstehende statistische Ermittlung ist die Schuhindustrie wie auch das Schuhmacherhandwerk eingeschlossen. Es erschien ratsam, für beide Berufsgruppen getrennte Ermittlungen anzustellen. Das ist auch geschehen. Von den insgesamt erfaßten Personen arbeiten 6332 im Schuhmacherhandwerk und 53 740 in der Schuhfabrikation. Die Verhältnisse beider Gruppen getrennt dargestellt, ergibt folgendes:

Die zurzeit bestehende Arbeitszeit belief sich

wöchentlich auf	für Fabrik-Schuhmacher	Proz. der Gesamtzahl	f. Schuhmacher im Handwerk	Proz. der Gesamtzahl
48 Stunden u. mehr	48 002	89,5	6 983	74,8
45 u. 46 Stunden	2 658	4,9	276	3,0
44 bis 45 „	437	0,8	112	1,2
40 bis 43 „	1 006	1,9	392	4,2
36 bis 39 „	366	0,7	466	5,0
32 bis 35 „	563	1,0	173	1,9
28 bis 31 „	100	0,2	728	7,8
24 bis 27 „	246	0,5	191	2,0
wenig. als 24 „	262	0,5	16	0,1
zus.	53 740	100,0	9 332	100,0

Weniger als 39 Stunden in der Woche arbeiten demnach bei den Fabrikarbeitern 2,9 Prozent, bei den Schoßarbeitern aber 16,8 Prozent der Gesamtzahl der erfaßten Personen. Im Handwerk sind dentgemäß die Verhältnisse um ein Bedeutendes ungünstiger gelagert, als in der Fabrikation. Immerhin beläuft sich auch in der Fabrikation die Zahl der unter verkürzter Arbeitszeit stehenden Personen noch auf mehrere Tausend.

Diese Statistik ist eine wertvolle Ergänzung unserer bisherigen Arbeitslosenzählungen. Sie wird, pünktlich und exakt durchgeführt, uns auch Aufschluß geben über die Schwankungen, denen die Gesamtzahl der in der Schuhindustrie Beschäftigten unterworfen ist. Die Ortsverwaltungen seien heute schon darauf hingewiesen, daß als nächster Stichtag für die Berichtskarte wie auch den Fragebogen der 30. Oktober in Frage kommt.

Aus unserem Beruf.

Ein- und Ausfuhrbewilligungen. Die Außenhandelsstelle der Lederwirtschaft weist darauf hin, daß vom 15. Oktober ab für Ein- und Ausfuhrbewilligungen von den Antragstellern neue Formulare zu benutzen sind. Bewilligungen, die auf alten Formularen ausgestellt sind, werden von den Zollstellen zurückgewiesen.

Großhandelspreise für Leder. Die Lederbörse zu Hannover am 6. Oktober war gut besucht. Es wurden gezahlt für 1 Kilogramm: Sohlleder, grubengegerbt 80—90 Mk., Vacheleder 80—90 Mark, Vacheleder, Fahgerbung 70—80 Mk., Vacheleder, Croupons 95—115 Mk., Hälse 50—60 Mk., Bäuche 40—50 Mk., Wildvache, trockene Ware 58—68 Mk. Auf der Leipziger Schuhbörse am 7. Oktober wurden folgende Preise notiert (pro Kilogramm): Zahmsohlleder, eichengegerbt 80—90 Mk., Wildsohlleder 70—80 Mk., Zahmvacheleder 75—90 Mk., Wildvacheleder 60—70 Mk., Zahmvache, Croupons 95—115 Mk., Wildvache, Croupons 85—95 Mk., Rindleder-Fahlleder 115—130 Mk., Blankleder 95—110 Mk. An Oberleder kosteten pro Quadratfuß: Rindbox 18—22 Mk., Roßoberleder, chromgar 16—18 Mk., Boxkalf 20—25 Mk., Chevreaux 22—35 Mk.

Häuteauktion in Nürnberg. Die Häuteauktion in Nürnberg am 14. Oktober hatte einen starken Besuch und rege Nachfrage nach Ware aufzuweisen. Kalbfelle erfuhren gegenüber der letzten Auktion eine Preissteigerung von 40—50 Prozent. Großviehhäute erzielten pro Pfund: 14,05—19,70 Mk. (letzte Auktion 10,15 bis 15,65 Mk.), Kalbfelle ohne Kopf 27,20—28,90 Mk. (17,90—18,55), Roßhäute bis 219 Zentimeter wurden pro Stück mit 376—410 Mk. (243) bezahlt, solche über 220 Zentimeter mit 470—475 Mk. (322).

Ein unglaublicher Vorgang. Ueber einen geradezu unglaublichen Vorgang, der sich in der Ein- und Ausfuhrstelle für Leder abgespielt hat, erfahren wir folgendes: Mit der Leitung dieser Stelle wurde Herr Görig beauftragt. Als etwa im Juli ein anderer Herr diese Stelle übernehmen sollte, erklärte Herr Görig, daß die eingegangenen Gebühren — etwa 300 000 Mark — sein persönliches Eigentum darstellen. Er weigerte sich nicht nur, die eingegangenen Gebühren abzuliefern, sondern er nahm auch noch die Akten, darunter Geheimakten, an sich, die er ebenfalls als sein Eigentum erklärte.

Die amerikanische Schuhindustrie hatte nach vorliegenden Berichten in den letzten Monaten ähnliche Schwierigkeiten durchzumachen wie die deutsche. Als Ursache wird dort in erster Linie Ueberproduktion angegeben und zu hohe Kosten für die Aufrechterhaltung der Betriebe. Es sei ein gewöhnliches Vorkommnis, besagt ein Bericht aus Boston, diese oder jene Gerberei oder Schuhfabrik vollständig geschlossen zu finden. In vielen anderen gehe der Betrieb nur mit 25 bis 60 Prozent der Leistungsfähigkeit.

Aus den Zahlstellen und Bezirken.

Guhrau. Auf Veranlassung der Guhrauer Kollegen fand eine vollzählig besuchte Versammlung der Schoßarbeiter statt, in der Kollege Reiner-Breslau über die Notwendigkeit der Organisation sprach. In der Aussprache schilderten die Kollegen die Verhältnisse am Orte. In Guhrau wird nur im Stundenlohn gearbeitet, der Höchststundenlohn beträgt 2.50 M., in einigen Werkstellen wird nur 1.50 M. bezahlt, dabei sind die Verhältnisse in Guhrau keine billigen, die Landwirte, sowie die Geschäftsleute verlangen für ihre Erzeugnisse dieselben Preise, die in der Großstadt bezahlt werden. Wenn in den Kleinstädten das Wohnen teilweise billiger ist wie in der Großstadt, so sind in den meisten Fällen die Wohnungen auch schlechter und unbequemer. Von den Kollegen wurde bedauert, daß nicht schon früher die Zahlstelle gegründet wurde, sicher brauchte dann nicht mehr für so einen niedrigen Stundenlohn gearbeitet zu werden. Sämtliche Kollegen aus Guhrau sind heute Mitglieder des Verbandes. Die neue Lohnforderung ist der Innung unterbreitet worden, die Geschlossenheit der Kollegen bürgt dafür, daß die Forderung im Sinne der Kollegen ihre Erledigung findet.

Berlin. Die am 8. Oktober 1920 in Wilkes Festsälen, Sebastianstraße 39, tagende Versammlung der Betriebsräte, Betriebsobleute und Vertrauensleute erhebt energischen Einspruch gegen das Verhalten des Zentralvorstandes, der den Vorstand nicht zu den Verhandlungen über die Aufstellung der generellen Forderungen an den Unternehmerverband hinzugezogen hat und ersucht die hiesige Verwaltung, diesen Protest auch im Fachblatt veröffentlichen zu lassen. — (Nach unserer Kenntnis drängten die Verhältnisse zur raschen Einreichung der Forderungen. Der Beirat, der nunmehr am 26. Oktober zusammentritt, wird sich auch den Gründen, die zu dem südlichen Vorgehen geführt haben, nicht verschließen können. D. Red.)

Arbeiterinnen-Rundschau

Die weiblichen Mitglieder in unserem Verband.

Der Schuhmacherverband kann mit Stolz darauf zurückblicken, daß er gegenüber anderen Verbänden recht frühzeitig schon weibliche Mitglieder in seinen Reihen aufwies. Allerdings war vor zwanzig Jahren noch auch die Zahl derjenigen gering, die als Kolleginnen den Weg zum Verband gefunden hatten. Das lag an der allgemeinen politischen wie öffentlichen Rechtlosigkeit der Frau. Einem Druck der allgemeinen öffentlichen Meinung folgend, bildete sich in Kreisen der Kolleginnen schließlich selbst die Auffassung, daß es für sie weniger von Bedeutung sei wie für die Männer, sich in starken wirtschaftlichen Verbänden zusammenzuschließen. Andere Gründe, wie z. B. die Aussicht, mit der Verheiratung das Fabrikleben aufgeben zu können, verstärkten noch die Interessellosigkeit der Kolleginnen der Organisation gegenüber. Obschon keine gesetzlichen Schranken bestanden gegen den Beitritt zu den wirtschaftlichen Organisationen, wie dies inbezug auf politische Vereine der Fall war, kam doch nur ein gewisser Teil der Kolleginnen zum Verband.

1892 waren nur 150 Kolleginnen in unserem Verband vertreten; doch 1897 hatten sich schon 1218 eingefunden. 1903 zählte der Verband dann 2989 weibliche Mitglieder, 1907 waren deren aber schon 5912 vorhanden. Dieser Mitgliederzahl wuchs bis 1910 auf 7307 an und Ende Juni 1914, vor Beginn des Krieges, waren 8315 weibliche Mitglieder neben 35 205 männlichen durch den Verband erfaßt.

Während des Kriegs war mit der Gesamtmitgliederzahl auch die der weiblichen im dritten Quartal bis auf 6061 gesunken; die Zahl der männlichen Mitglieder belief sich damals auf 11 593. Von Mitte 1917 ab trat dann eine langsame, aber stetige Besserung im Mitgliederbestande ein. Bei dem fortschreitenden Mitgliederzuwachs haben damals die weiblichen Mitglieder, die Kolleginnen, den stärksten Ausschlag gegeben. Ihre Zahl hatte bei Ausbruch der Revolution 11 412 erreicht. Am Jahresschluß 1918 konnten 17 733 Kolleginnen als Verbandsmitglieder festgestellt werden. Dann 1919 ging es weiter stürmisch vorwärts. Am Jahresschluß 1919 waren 39 261 Kolleginnen neben 54 296 männlichen Arbeitern im Verband vertreten und zu Ende des zweiten Quartals 1920 war der Bestand von 40 331 weiblichen Mitgliedern, bei einer Gesamtmitgliederzahl von rund 100 000 Schuharbeitern erreicht.

Das ist ein gewaltiger Siegeszug des Gedankens der Organisation unter der weiblichen Arbeiterschaft! Es ist charakteristisch, daß mit dem Augenblicke, mit dem die politische Rechtlosigkeit der Frau beseitigt worden ist, die Frauen auch auf wirtschaftlichem Gebiet erwacht sind und sich in Massen den Berufsverbänden angeschlossen haben.

Es ist das das Ergebnis einer revolutionären Zeitepoche, in der die öffentliche und wirtschaftliche Stellung der Frau ganz andere Formen angenommen hat. Zunächst ist entscheidend die starke Heranziehung der Frau zur industriellen und wirtschaftlichen Erwerbsarbeit, wie sie im letzten Jahrzehnt sich besonders gesteigert hat. Im Kriege wurden weiter die Frauen des näheren mit dem öffentlichen und politischen Leben bekannt. In Abwesenheit des Mannes oder Vaters hatten sie nicht nur die Ernährungslasten und alle sonstigen Lasten der Familie zu tragen, sie kamen auch mit dem öffentlichen Leben in Berührung; sie hatten das Familienoberhaupt in allen vorkommenden Obliegenheiten zu vertreten. So wurden sie mit Dingen vertraut, die sonst nur der Mann allein erledigt hatte. Damit ist das Verständnis der Frau für öffentliche und politische Angelegenheiten einen guten Schritt vorwärts gekommen. Und man darf wohl sagen, ein Teil der Frauen zeigt heute in der öffentlichen und politischen Betätigung ein solch' reges Interesse, daß eigentlich mancher Mann sich beschämt fühlen müßte.

Wie verständnislos und kleinlich wirkt unter den neuen Zeitumständen die spießerhafte Auffassung, die Frau sei von der öffentlichen Betätigung fernzuhalten. Von Arbeiterseite ist eine solche Auffassung geradezu gefährlich, denn eine einfache Ueberlegung muß jedem Arbeiter sagen, daß von seiten der Männer allein die heutigen schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfe gar nicht geführt werden können.

Wir müssen es begrüßen, daß das politische Verständnis der Frauen mit dem erreichten Frauenwahlrecht entschieden gewachsen ist. Leider aber ist das noch nicht in allen Kreisen der Fall. In den Reihen der besitzenden Klasse wird das politische Wahlrecht besser bewertet und ausgenützt, als von den Frauen der Arbeiterklasse. Tausende von Lohnarbeiterinnen haben sich bei den letzten Wahlen noch als Stimmvieh der rückschrittlichen Rechtsparteien einfangen lassen.

Umsomehr müssen wir darauf bedacht sein, daß sich die Frauen auf wirtschaftlichem Gebiet restlos in ihren Verbänden zusammenfinden. Fühlen sich alle mit dem Verband verwachsen und werden sie sich über die wirtschaftlichen Zusammenhänge klar, dann werden die Arbeiterinnen auch aufhören, auf politischem Gebiet bei den Wahlen als Trabanten des besitzenden Bürgertums aufzutreten.

Es geht vorwärts mit der Organisation; darum auf zu reger Arbeit um erweiterten Machtzuwachs!

Zum Gesetzentwurf über die Erwerbslosenversicherung.

Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands schreibt: „Wir lesen in der Korrespondenz für Frauen-Zeitschriften, daß die Regierung dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über die Erwerbslosenversicherung unterbreitet hat. Nach dem Gesetzentwurf sind einige Berufsgruppen, darunter die Landarbeiter und die Hausangestellten wieder außerhalb dieses Gesetzes gestellt. Bis zum Falle der Gesindeordnung waren wir es gewöhnt, als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden. Daß man aber heute noch bei Schaffung neuer Gesetze immer noch auf die alten Fehler zurückgreift, ist sehr bedauerlich. Warum gegen uns wieder einen Ausnahmezustand, haben wir nicht lange genug darunter leiden müssen, was hatten wir für Schwierigkeiten, um den Hausangestellten die Vorteile des Krankenversicherungsgesetzes zugänglich zu machen. Noch heute sind die Hausangestellten ausgeschlossen von der Unfallversicherung, trotzdem sie genau wie jeder andere berufliche Arbeiter körperlichen Gefahren ausgesetzt sind. Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands stellte auf seinem letzten Verbandstage das Ersuchen an die Regierung, auch die Hausangestellten der Unfallversicherung der Reichsversicherung zu unterstellen.

Und nun bei der Schaffung eines Gesetzes von so schwerwiegender Bedeutung schaltet man wieder bestimmte Berufsgruppen aus. Man könnte uns sagen, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Berufe zurzeit nicht besteht. Zugegeben, wir aber wollen nicht mehr Menschen zweiter Klasse sein, ein solches Gesetz muß alle Berufsgruppen schützen ohne Ausnahme. Wir lenken darum abermals den Blick unserer Arbeitsbrüder auf das jüngste Kind unserer modernen Arbeiterbewegung, auf den Zentralverband der Hausangestellten Deutschland. Organisieren wir auch hier restlos, dann wird man es nicht mehr wagen, Ausnahmegesetze zu schaffen."

Der amerikanische Schuhmacherverband.

Die Mitgliederzahl des amerikanischen Schuhmacher-Verbandes (Boot and Shoe Workers' Union) betrug im letzten Jahre vor dem Weltkrieg 34 300, 1914 38 100, 1915 35 600, 1916 39 000, 1917 39 600, 1918 35 800, 1919 36 800 und 1920 46 700. Der Fortschritt war also im ganzen ein bescheidener. In Kanada befanden sich nach den letzten Angaben 19 Ortsgruppen mit 3254 Mitgliedern; 231 Ortsgruppen mit der großen Masse der Mitglieder treffen auf die Vereinigten Staaten von Amerika.

Seit 1. Juni 1899 bis 30. April 1919 gab der Verband für Kranken- und Ablebensunterstützung die Summme von 1 643 680 Dollars aus, während Streik-, Aussperrungs- und Gemaßregelten-Unterstützung 184 761 Dollar erforderten; für Verwaltung, Verbandsorgan usw., wurden in der gleichen Zeit 3 235 319 Doll. ausgegeben. Die Gesamtausgaben betrugen in den 20 Verwaltungsjahren, 1900 bis einschl. 1919, 5 063 260 Dollars, die Gesamteinnahmen 5 507 487 Doll. und am 30. April 1919 war ein Verbandsvermögensbestand von 444 228 Doll. vorhanden.

In den fünf Verwaltungsjahren 1915 bis einschl. 1919 gestalteten sich die Ausgaben des Verbandes wie folgt:

Verwaltungsjahre	Verwaltung usw.	Kranken- u. Sterbegeld	Streikunterstützung	Zusammen
	Beträge in Dollars			
1915	168 873	111 641	210	280 724
1916	216 419	106 702	1 075	324 196
1917	193 177	114 170	1 880	309 226
1918	227 165	104 648	3 294	335 107
1919 (11 Mon.)	231 906	127 190	5 408	364 504

Die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen blieben seit Ausbruch des Weltkrieges sehr gering. Man hat zwar in Amerika keine „Arbeitsgemeinschaften" mit den Unternehmern abgeschlossen, aber die sehr gute Geschäftslage führte in der Regel zur Bewilligung von Arbeiterforderungen, ohne daß Arbeitseinstellungen notwendig wurden. Zahlenangaben über die wirtschaftlichen Erfolge während der Kriegsjahre enthält der Bericht des amerikanischen Schuhmacherverbandes nicht; auch eine Lohnstatistik ist nicht vorhanden. Wahrscheinlich ist, daß in der Schuhindustrie, wie in anderen Wirtschaftszweigen, die erzielten Lohnerhöhungen durch Preiserhöhungen der Waren wieder ausgeglichen wurden. Die Steigerung des Gesamtpreises der wichtigsten Lebensbedürfnisse betrug vom Juli 1914 bis Juni 1920 einschließlich 115 Prozent, vom Juni 1919 bis Juni 1920 19 Prozent. Immerhin ist die Teuerung in Amerika lange nicht so schlimm wie bei uns in Deutschland. Die starke Rückwanderung von dort ist nicht die Folge der Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen, sondern sie entspringt dem Wunsche, mit dem in Amerika ersparten Gelde in Europa — wegen des günstigen Standes des Dollarkurses — in den Kreis der vermögenden Leute zu treten.

Der amerikanische Schuhmacher-Verband erhebt in der Regel 1 Doll. Beitrittsgeld. Aber im Fall von Personen, die wegen gemeinschädlichen Verhaltens aus der Organisation ausgeschlossen wurden, kann das Wiederbeitrittsgeld bis auf 50 Doll. erhöht werden. Die wöchentlichen Beiträge stellen sich einheitlich auf 25 Cents. Krankengeld im Ausmaße von 5 Doll. in der Woche können im Falle der Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit die Mitglieder beziehen, welche die Beiträge für mindestens 6 der Erkrankung vorausgegangenen Monate bezahlt und nicht aus irgend einem Grunde das Unterstützungsrecht zeitweise verloren haben. Die Bezugsdauer währt dreizehn Wochen in einem Jahre. Wer zwei Jahre hindurch Krankengeld für 26 Wochen bezogen hat und noch arbeitsunfähig ist, erhält eine Abfindungssumme von 100 Doll. Das Sterbegeld beträgt nach einer ununterbrochenen Beitragsleistung von 6 Monaten 50 Doll., nach 2 Jahren 100 Doll.

Das Verbandsstatut empfiehlt den Ortsgruppen die Pflege der Arbeitslosenunterstützung aus eigenen Mitteln.

Die zentralisierte Streikunterstützung stellt sich auf 5 Doll. in der Woche.

Das monatlich einmal erscheinende Verbandsorgan „Shoe Workers' Journal" wird den Mitgliedern frei geliefert; es ist in Buchform hergestellt und umfaßt pro Nummer 32 doppelspaltige Seiten.

Der Verbandsvorsitzende ist seit 1919 (anstelle des verstorbenen Tobin) Collis Lovely, sein Stellvertreter ist Gad Martindale, den Posten des Generalsekretärs und Schatzmeisters hat nach wie vor Charles L. Baine inne. Das Verbandsbureau befindet sich in der Stadt Boston (246 Summer St.) im Staate Massachusetts.

H. F.

Gewerkschaftliches.

Der Lederarbeiterverband im Jahre 1919.

Der Lederarbeiterverband konnte im Jahre 1919 seine Mitgliederzahl nahezu verdoppeln. Die Mitgliederzahl stieg von 16 889 Mitgliedern am 31. Dezember 1918 auf 33 312 Mitglieder am 31. Dezember 1919. Hiervon waren 6324 weibliche Mitglieder. Es wurden 107 Zahlstellen neu oder wieder eröffnet. Die Einnahmen stiegen von 279 250 M. im Jahre 1918, auf 1 141 547 M. im Jahre 1919. Die Ausgaben stiegen von 268 279 M. im Jahre 1918 auf 821 616 M. im Jahre 1919. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 173 521 M. (64 358 M.), für Krankenunterstützungen 40 852, M. (38 190 M.) ausgegeben. Der herrschende Papierwucher ließ das Ausgabenkonto für die Zeitungen und die Drucksachen gewaltig anschwellen.

Die Lohn-, Tarif- und Teuerungsbewegungen waren den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend sehr zahlreich. Im ganzen wurden 196 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung in 2052 Betrieben mit 77 277 Beteiligten geführt. Außerdem fanden 9 Angriffsstreiks in 94 Betrieben mit 1476 Beteiligten statt, insgesamt waren also 205 Lohnbewegungen zu verzeichnen.

Als Folge dieser Lohnbewegungen wurden 186 Tarifverträge neu abgeschlossen und ein Reichstarif verlängert. Der Jahresbericht des Zentralvorstandes kann feststellen, daß auch die großen Zentren der Lederindustrie, wie Worms, Weinheim, Offenbach usw. für den Verband gewonnen wurden, Orte, wo früher mit Zuckerbrot und Peitsche jede selbständige Regung der Lederarbeiter niedergehalten wurde. Der Lederarbeiterverband hat es auch diesen Arbeitern und Arbeiterinnen ermöglicht, Tarifverträge auf moderner Grundlage abzuschließen und ihnen ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Treue Mitarbeit der neu gewonnenen Mitglieder wird es dem Lederarbeiterverband ermöglichen, auch in Zukunft die Interessen der Lederarbeiter nach jeder Richtung hin wahren zu können.

Verbands-Nachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche v. 24. Oktober bis 30. Oktober der 44. Wochenbeitrag fällig ist.

Vom Zentralvorstand wurden gemäß § 6 Abs. 1 des Statuts folgende Extrabeiträge in der nachfolgend angegebenen Höhe genehmigt:

Zahlstelle:	Beginn	Wöchentl. Extrabeitrag in Pfennig 1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	Gesamtbeitrag pro Woche in Mark 1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.
Pegau	1. Okt.	10	10	10	10	3.60	2.85	2.10	1.10
Sebnitz	1. „	25	25	25	—	3.75	3.—	2.25	—
Waldheim	1. „	50	45	30	—	4.—	3.20	2.30	—

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des § 8 Abs. a nach sich zieht.

Nürnberg, den 23. Oktober 1920.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen.

Adressenänderungen (Neue Adressen).

Guhrau: 1. Bev. Paul Kornetzki, Mühlstr. 185, 2. Bev. Karl Hähnel, Mühlstr. 156.

Chemnitz: 1. Bev. P. Heinrich, Rottluff bei Chemnitz, Limbache Straße 26b. 2. Bev. Ernst Schneider, Chemnitz, Apollostr. 14 Hths. II. Unterstützungsauszahlung: 5—6 Uhr abends beim 2. Bev. Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. zu richten.

Versammlungs-Kalender.

Mitgliederversammlungen finden statt:

Sonnabend, den 30. Oktober:

Wilkau, abends ½8 Uhr in Wutzlers Restaurant.

Sonntag, den 31. Oktober:

Eisleben, morgens 10 Uhr im Lokal Fessel.

Montag, den 1. November:

Bremen, abends pünktlich 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Faulenstraße 58/60.

Dortmund, abends 8 Uhr im Lokal Wilh. Wolf, Ostwallstraße 17.

Durlach, abends im Vereinslokal.

Görlitz, abends im Restaurant „Union", Langenstraße.

Hannover, abends im Vereinslokal.

Hartha, abends 8 Uhr im „Forsthaus".

Kiel, abends im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.

Liegnitz, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 4.

Mainz (Schoßarbeiter), im „Gold. Pflug", Pfanghausgasse.

Meldorf, abends 8 Uhr in der „Zentralherberge", Süderstraße.

Nienburg, abends 7 Uhr im Lokal Hänkel, Hinternstraße.

Oschatz, abends 8 Uhr im Gasthaus „Garküche", Breite Straße.

Spremberg, abends 8 Uhr im „Bürgerhaus".

Tilsit, abends 7 Uhr im Fremdenlogie Deine, am Anger.

Zwönitz, abends 8 Uhr im Gasthof zum Roß.

Dienstag, den 2. November:

Lübeck, abends 7½ Uhr im Verkehrslokal.

Mittwoch, den 3. November:

Emden, abends 8 Uhr, Lokal Garrels (Klubhaus).

Frickenhausen, abends im Lokal zum „Lamm".

Schneverdingen, bei Gastwirt Heinrich Loose.

Freitag, den 5. November:

Leisnig, abends 8 Uhr im Lokal „Neue Sorge", Bröseners. 2.

Reutlingen, nach Geschäftsschluß im Gewerkschaftshaus (Fabrik- und Schoßarbeiter).

Sagan, abends 8 Uhr im Volkshaus.

Samstag, den 6. November:

Eggenfelden, nachmittags 2 Uhr im Gasthaus Moser, Stadtplatz.

Lugau, abends 7 Uhr in Schwabes Restaurant.

Stollberg, abends 8 Uhr im „Schützenhaus".

Montag, den 8. November:

Düsseldorf, im Vereinslokal.

Duisburg, im Vereinslokal.

Forst, abends 7 Uhr im Vereinslokal.

Gera, abends 7 Uhr bei Rich. Michel, Greizerstr.

Halberstadt, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause.

Hirschberg, im Gasthof zum Hochstein, Markt 23.

Karlsruhe, abends 8 Uhr im „Schildbürger", Baumeisterstr. 16/18.

Mittweida, abends 7 Uhr im „Rosengarten".

Sebnitz, abends 6 Uhr im Gewerkschaftsheim.

Waldheim, im „Schweizertal".

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. v. B. Deutschlands (Ersatzkasse) zu Hamburg.

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 24. September bis 15. Oktober 1920: Niederroden 150 M, Seligenstadt 100 M, Fürth 400 M, Offenbach 1000 M, Forchheim 400 M, Kaiserslautern 1000 M, Miesbach 250 M, Köln 400 M, Harburg 500 M, Kempten 250 M, Kassel 500 M, Arnstadt 500 M, Burg 800 M, Cannstatt 500 M, Charlottenburg 2000 M, Pressed 1000 M, München 8000 M, Braunschweig 1000 M, Elmshorn 400 M, Colditz 200 M, Oppeln 150 M, Brandenburg 200 M, Schweinfurt 700 M, Ulm 450 M, Freystadt 180 M, Leipzig 600 M, Stolp 389.10 M, Kirchhain 400 M, Reutlingen 500 M, Kornwestheim 200 M, Duisburg 200 M, Roßwein 200 M, Gr. Steinheim 400 M, Hamburg 500 M, Kl. Auheim 600 M, Mering 200 M, Mainz 800 M, Pforzheim 1200 M, Nürnberg 1000 M, Baden 300 M, Annweiler 100 M, Iserlohn 300 M, Leonberg 700 M, Neppau 200 M, Königsberg 600 M, Regensburg 400 M, Schmalkalden 300 M, Strausberg 1000 M, Ottensen 250 M, Stuttgart 400 M, Wandsbeck 200 M, Osnabrück 206.60 M, Stettin 700 M, Hedelfingen 200 M, Zuffenhausen 100 M, Neustadt (Hardt) 300 M. Zusammen 29 475.70 M. — Zuschuß erhielten: Dinteshelm 500 M, Berlin 1500 M, Stolp 118.80 M, Northeim 300 M, Marbach 200 M, Oldendorf 250 M. Zusammen 2868.80 M.

Hamburg, 15. Oktober 1920. **A. Ebel, Hauptkassier.**

Literarisches.

„**Die Schuhindustrie im Kriege.**" Dieses im Verlage von Dreyfuß & Wormser in Frankfurt a. M., Weißfrauenstr. 11, erschienene Buch, welches wir an anderer Stelle kurz besprechen, bringt eine Fülle höchst wissenswerten Materials über die Verhältnisse in der Schuhindustrie vor und während dem Kriege, insbesondere unter der Zwangsbewirtschaftung und über die Entwicklung der Schuhindustrie nach Aufhebung der Zwangswirtschaft. Der Verfasser ist wie kaum ein zweiter dazu prädestiniert, die Verhältnisse innerhalb der volkswirtschaftlich so überaus wichtigen Schuhindustrie, wie sie sich unter dem Einfluß des Krieges und der Zwangswirtschaft gestaltet haben, zu schildern. Denn er stand als Justitiar des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie an leitender Stelle des Zwangssyndikats, welches für die Schuhindustrie in den Kriegsjahren errichtet wurde. In einem Anhang sind die während der Zwangsbewirtschaftung herausgekommenen gesetzlichen Anordnungen für die Schuhindustrie und dem Schuhhandel sämtlich verzeichnet. Das Buch, welches ein wertvolles Nachschlagewerk darstellt, ist zum Preise von Mark 15.— von dem obengenannten Verlage zu beziehen.

Briefkasten.

Deggendorf. Die Versammlungsanzeige kam für die Veröffentlichung zu spät hier an. — **Wilkau:** Wird berücksichtigt; für Dezember aber besondere Benachrichtigung erwünscht. Besten Gruß!

H. Franke's Lehrbücher in neuester Auflage und die dazu gehörigen Hilfswerkzeuge kommen durch den Fachverlag **Franke & Heseler, Artern 8,** zum Versand. Man verlange ausführlichen Prospekt.

!! **Echte Täckse** !!
Schännels dünnstiftige Sohlennägel liefert **Curt Roblisch,** München 20.

Lederfett.
Reine, teerfreie Oelware, gelb und schwarz in Hand-Verkaufsdosen u. kiloweise äußerst günstig lieferbar. Fabrik Jahncke **Dresden** 19. Vertreter gesucht.

Perfekte
Schäftestepperin,
die ev. auch vorrichten kann, per sofort gesucht. Nur tüchtige Kräfte wollen sich melden bei **Hans Götzfried**, Schuh- u. Schäftefabrik, **Sonthofen** i. Allgäu.

Erstklassiger
Damen-Bodenarbeiter
für Leder, sowie Louis XV. Absätze, welcher für nur erstklassiges Geschäft gearbeitet hat, sofort gesucht. Sitzplatz vorhanden. **Franz Köhler, Frankfurt a. M.** Hochstraße 52.

Einen geübten
Fabrikzuschneider
für alle Ledersorten sucht Schuhfabrik **A. Asmus,** Weißenfels a. d. Saale.

Unliebsam verspätet!

Unserer werten Kollegin Frau **Aug. Bätge** nebst Gemahl sowie unserem Kollegen **E. Hagen** nebst Gemahlin senden nachträglich zu deram 16. ds. Mts. stattgefundenen grünen Hochzeit die besten Glückwünsche.

Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Oschersleben B.

Unserem Kollegen und 1. Bevollmächtigten **Wilhelm Gnelting** und seiner lieben Braut Elise zu ihrer am 23. Oktober stattfindenden grünen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der **Zahlstelle Frickenhausen.**

Unserer werten Kollegin **Lina Brehm** und ihrem l. Bräutigam zu ihrer am 23. Oktober stattfindenden Vermählung die besten **Glück- und Segenswünsche!**

Die Kollegen und Kolleginnen der **Zahlstelle Künzelsau.**

Unserem lieben Kollegen **Otto Zepp** und seiner werten Gattin die **herzlichsten Glückwünsche** zur stattgefundenen Vermählung.

Die Kollegen der Zahlstelle **Kirchheimbolanden.**

Unserem lieben Kollegen **Otto Brühelm** und **Paul Heuer** nebst ihren lieben Bräuten die besten **Wünsche** zur grünen Hochzeit! Die engere Kollegenschaft bei der Firma **E. Lingel, Erfurt.**

Unserem lieben Kollegen **Wilhelm Parrey** und seiner lieben Braut **die herzlichsten Glückwünsche** zur Hochzeit.

Die Kollegen der Zahlstelle Wurzen.

Unserem werten Kollegen **Otto Steuer** und seiner lieben Braut zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Zahlstelle Görlitz.

Nachruf.

Am 6. 10. starb infolge eines schweren Leidens unser Kollege

Hermann Steckel

im Alter von erst 29 Jahren. Wir verlieren in ihm einen guten und tüchtigen Kollegen. Unter seinen Kollegen wird sein Name unvergessen bleiben.

Leicht sei ihm die Erde.

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Füring, Wermelskirchen.

Druck: Sozialdemokrat G. m. b. H., Nürnberg. Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, (J. Simon), Nürnberg, Essenweinstraße 1.